

## Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 30./X. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 16.05.2018, 17.00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28

	<u>Seite</u>
Bürgerfragestunde	6
1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kleve hier: Verwendung der Fraktionszuwendungen - Drucksache Nr. 869 /X. -	7 - 8
2. Entwurf des Jahresabschlusses 2017 - Drucksache Nr. 857 /X. -	8
3. Feststellung des Jahresabschlussberichtes der Wirtschaft, Tourismus & Marketing Stadt Kleve GmbH und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2017 - Drucksache Nr. 858 /X. -	8 - 9
4. Feststellung des Jahresabschlussberichtes der Grenzland-Draisine GmbH und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2017 - Drucksache Nr. 859 /X. -	9
5. Wasserversorgungskonzept nach § 38 Abs. 3 des Landeswassergesetzes NRW - Drucksache Nr. 860 /X. -	9
6. Zuschuss zur Sanierung der Mühle Donsbrüggen hier: Erneuerung der Tragbalken zur Sanierung der Flügel der Mühle Donsbrüggen - Drucksache Nr. 861 /X. -	9
7. Medienentwicklungsplan der Stadt Kleve für die städtischen Schulen - Drucksache Nr. 837 /X. -	10
8. Förderung des Sports; Gründung eines StadtSportVerbandes - Drucksache Nr. 843 /X. -	10
9. Bebauungsplan Nr. 1-315-0 für den Bereich Siegertstraße / Sackstraße / Triftstraße hier: Satzungsbeschluss - Drucksache Nr. 848 /X. -	10
10. Bebauungsplan Nr. 1-327-0 für den Bereich Krohnestraße hier: Einleitung des Verfahrens und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung - Drucksache Nr. 849 /X. -	10 - 11
11. Bebauungsplan Nr. 1-053-2 für den Bereich Stadionstraße / Merowingerstraße / Willy-Brandt-Straße hier: Satzungsbeschluss - Drucksachen Nrn. 850 /X. und 850a /X. -	11

	<u>Seite</u>
12. Bebauungsplan Nr. 4-025-4 für den Bereich Delfter Straße im Ortsteil Materborn hier: Satzungsbeschluss - Drucksache Nr. 851 /X. -	11
13. Bebauungsplan Nr. 1-086-5 für den Bereich Große Straße / Herzogstraße / Bleichen / Wasserstraße / Schloßtorstraße hier: Beschluss der Offenlage - Drucksache Nr. 852 /X. -	11 - 12
14. Bebauungsplan Nr. 4-213-1 für den Bereich Kapellenstraße im Ortsteil Materborn hier: Einleitung des Verfahrens und Beschluss der Offenlage - Drucksache Nr. 853 /X. -	12
15. Umlegung Reeser Straße im Ortsteil Kellen hier: Anordnung der Umlegung und Übertragung des Umlegungsverfahrens - Drucksache Nr. 844 /X. -	12
16. Bebauungsplan Nr. 2-326-0 für den Bereich Reeser Straße im Ortsteil Kellen hier: Einleitung des Verfahrens und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung - Drucksache Nr. 854 /X. -	12
17. Satzung für eine Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 1-296-0 für den Bereich Lindenallee/ Bresserbergstraße/ Stadionstraße/ Hellingsbüschchen hier: Satzungsbeschluss - Drucksache Nr. 864 /X. -	13 - 14
18. Namensgebung des westlichen Rathausplatzes - Drucksache Nr. 855 /X. -	14
19. Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Herrn Wilhelm Diedenhofen (gemeinsamer Antrag der Fraktionen im Rat der Stadt Kleve vom 02.05.2018)	14
20. Umsetzung des Sportentwicklungsplanes (Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2017 und Konkretisierung vom 16.04.2018)	14 - 15
21. Aufstellung von Fahrradständern am Rathaus Kleve sowie Prüfauftrag zur Nutzung der Tiefgarage für Fahrräder (Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 02.05.2018)	15 - 16
22. Umbesetzung in Ausschüssen (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 02.05.2018)	16
23. Offenlegung von Leistungen des Kreises Kleve an die Stadt Kleve (Antrag der Fraktion Offene Klever vom 16.03.2018)	16
24. Schaffung eines "Großelterndienstes" (Antrag der Fraktion Offene Klever vom 23.04.2018)	16 - 17

	<u>Seite</u>
25. Umbesetzung im Sozialausschuss (Antrag der Fraktion Offene Klever vom 30.04.2018)	17
26. Mitteilungen	
a) Umbesetzung bei den beratenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses	17
27. Anfragen	
a) Strategische Ziel- und Maßnahmeplanung	18
b) Kombibad	18
c) Autohaus Evers	18
d) Aufstellung der umgesetzten Ratsbeschlüsse	18
e) Bodenbelastungen Grundstück Neubau KAG	18 - 19
f) Zustand Josefshaus	19
g) Fallzahlen Jugendhilfe	19
h) Zustand Klever Brücken	19
i) Entwicklung der Fläche zwischen Schweinemarkt und Haus Belvedere	19
j) Studie barrierefreie Stadt Kleve	20
k) B220n	20
l) Resolution zur Realisierung der B220n	20
m) Treffpunkt am Bahnhof	20

## Niederschrift

über die öffentliche 30./X. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Mittwoch,  
dem 16.05.2018, 17.00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28

Unter dem Vorsitz der  
Stadtverordneten Northing, Sonja  
sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz	SPD
Bungert, Alexander	FDP
Cosar, Jörg	CDU
Döllekes, Fredi	SPD
Duenbostell, Horst	SPD
Fischer, Heidi	SPD
Fischer, Wilhelm	SPD
Fuchs, Anne	Offene Klever
Gebing, Wolfgang	CDU
Gerritzen, Christa	SPD
Gietemann, Josef	SPD
Heyrichs, Michael	CDU
Hiob, Georg	CDU
Hütz, Klaus-Werner	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Janßen, Alexander	Offene Klever
Janssen, Udo	CDU
Kanders, Angelika	CDU
Kumbrink, Michael	SPD
Lichtenberger, Niklas	SPD
Liffers, Werner	CDU
Maaßen, Manfred	CDU
Merges, Carina	Offene Klever
Merges, Dr. Fabian	Offene Klever
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Rambach, Andreas	CDU
Ricken, Edmund	CDU
Rütter, Daniel	FDP bis Ende öffentliche Sitzung
Sanders, Norbert	CDU
Schmidt, Joachim	CDU
Schnütgen, Wiltrud	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Schroers, Benedict	CDU
Teigelkötter, Friedrich	CDU
Tekath, Petra	SPD
Thon, Sarah	SPD
Verhoeven, Werner	CDU
Welberts, Sonja	SPD
Welberts, Stefan	SPD

Nicht anwesend:

Ackeren, van, Barend	FDP
Bay, Michael	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Bucksteeg, Friedhelm	CDU

Driever, Gerd  
Goertz, Heinz  
Schoofs, Christian  
Siebert, Susanne

CDU  
Offene Klever  
Bündnis 90/ DIE GRÜNEN  
Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Haas  
Technischer Beigeordneter Rauer  
Gleichstellungsbeauftragte Tertilt-Rübo bis Ende  
öffentliche Sitzung  
Leitender Rechtsdirektor Goffin bis Ende öffentliche  
Sitzung  
Tariflich Beschäftigter Klockhaus bis Ende öffentliche  
Sitzung  
Tariflich Beschäftigter Posdena  
Verwaltungsrat Hübbers  
Verwaltungsrätin Rennecke  
Amtsrat Boltersdorf  
Tariflich Beschäftigter Langenbrink  
Tariflich Beschäftigte Welbers  
Tariflich Beschäftigter van Meegeren bis Ende  
öffentliche Sitzung  
Amtfrau Berns als Schriftführerin

Bürgermeisterin Northing begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Kleve fest.

Auf die Frage, ob es Anmerkungen zur Tagesordnung gibt, meldet sich StV. Tekath und beantragt, den Tagesordnungspunkt 1. der öffentlichen Sitzung "Gleichstellungsplan der Stadt Kleve" gemäß Drucksache Nr. 856/X. von der Tagesordnung abzusetzen, da die Drucksache erst am Morgen zur Verfügung gestellt worden sei und daher keine ausreichende Möglichkeit bestanden habe, diese zu lesen und zu bewerten. Eine Dringlichkeit, am heutigen Tage zu entscheiden, bestehe ebenfalls nicht.

StV. Heyrichs erinnert an das im Personalausschuss abgestimmte Verfahren.

StV. Gebing schließt sich der Auffassung von StV. Tekath an.

#### Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig bei drei Enthaltungen, den Tagesordnungspunkt 1. der öffentlichen Sitzung "Gleichstellungsplan der Stadt Kleve" gemäß Drucksache Nr. 856/X. von der Tagesordnung abzusetzen. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift über die letzte Sitzung ergeben sich nicht.

Zur Bürgerfragestunde meldet sich Herr Burkhard Daams und möchte wissen, warum die Verwaltung über die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht zum Beispiel auf der Hafenstraße und der Bahnhofstraße nicht per Pressemitteilung informiert habe. Darüber hinaus schlägt er vor, das Einfädeln der Radfahrer auf die Fahrbahn analog der Autobahnbeschilderung mittels Reißverschlussverfahren vorzusehen. Abschließend möchte er wissen, warum das Schild in der Heldstraße "Radfahren auf der Fahrbahn erlaubt" nur für ein halbes Jahr aufgestellt worden sei.

Bürgermeisterin Northing verweist auf die Information zur aufgrund der gesetzlichen Vorgaben erfolgten Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht, in der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses, die für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sei. Die Aufhebung bedeute jedoch nicht, dass die Radwege nicht mehr befahren werden dürften. Das Schild in der Heldstraße sei versuchsweise aufgestellt worden, um die Gegebenheiten nach Ablauf des Versuchszeitraums zu prüfen und zu bewerten. Eine Verpflichtung zur Aufstellung eines solchen Schildes bestehe zudem nicht.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus verweist ergänzend auf die Regelungen der StVO hinsichtlich einer geforderten Mindestbreite von Fuß- und Radwegen und der Art der Beschilderung. Die jeweiligen verkehrlichen Gegebenheiten würden beobachtet und bei Bedarf geeignete Maßnahmen ergriffen.

Weitere Meldungen zur Bürgerfragestunde gibt es nicht.

1. **Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kleve**

hier: Verwendung der Fraktionszuwendungen  
- Drucksache Nr. 869 /X. -

Da die Frage von StV. Dr. Meyer-Wilmes, ob die Dauer der auswärtigen Klausursitzungen auf drei Tage mit zwei Übernachtungen aus Kostenersparnisgründen erweitert werden kann, nicht abschließend beantwortet werden kann, schlägt StV. Ricken vor, zunächst diese Hauptsatzungsänderung zu beschließen und die Frage von StV. Dr. Meyer-Wilmes im Nachgang zu klären.

Bürgermeisterin Northing lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig bei einer Enthaltung folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kleve:

**Satzung vom \_\_\_\_\_ zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kleve vom 28.04.2008**

Aufgrund von § 7 Abs. 3 i.V.m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) hat der Rat der Stadt Kleve in seiner Sitzung am 16.05.2018 mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kleve vom 28.04.2008 beschlossen:

**§ 1**

In § 9 wird folgender Absatz 2 neu eingefügt:

„Die Verwendung der unter Abs. 1 Buchstabe a) genannten Zuwendungen für die Durchführung auswärtiger Klausursitzungen aus besonderen Anlässen ist unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit und nachfolgenden Maßgaben grds. zulässig:

- Anzahl: max. 2 pro Jahr
- Dauer: max. 2 Tage mit 1 Übernachtung
- Entfernung: max. 250 km einfache Strecke“

**§ 2**

Die bisherigen Absätze 2 und 3 verschieben sich entsprechend.

**§ 3**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

- c) die Bürgermeisterin hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Kleve vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Kleve, den \_\_\_\_

Die Bürgermeisterin  
Northing

Antwort zur Niederschrift:

Das Ministerium für Inneres und Kommunales fordert in seinem Runderlass vom 05.11.2015, dass der Rat unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Regelungen hinsichtlich der Art der Anlässe und des Umfangs der auswärtigen Klausursitzungen trifft. Konkrete Zahlen werden nicht genannt. Unter Beachtung des genannten Grundsatzes sind somit auch dreitägige Klausursitzungen mit zwei Übernachtungen zulässig; insbesondere dann, wenn sie kostengünstiger als eine zweitägige Klausursitzung durchgeführt werden können.

2. **Entwurf des Jahresabschlusses 2017**

- Drucksache Nr. 857 /X. -

Erster Beigeordneter Haas teilt mit, dass die Stadt Kleve mit diesem guten Jahresergebnis dem Ziel, die Ausgleichrücklage aufzustocken, einen deutlichen Schritt näher gerückt sei.

StV. Tekath äußert, dass dieses Ergebnis gemeinsam erreicht worden sei und dankt allen Beteiligten, die daran mitgewirkt hätten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Kleve zum 31.12.2017 gemäß § 95 GO NW zur Kenntnis und verweist diesen einstimmig gemäß § 59 Abs. 3 GO NW i.V.m. § 101 GO NW zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

3. **Feststellung des Jahresabschlussberichtes der Wirtschaft, Tourismus & Marketing Stadt Kleve GmbH und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2017**

- Drucksache Nr. 858 /X. -

Bürgermeisterin Northing lässt zunächst über die Beschlussvorschläge a) und b) der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, der Gesellschafterversammlung zu empfehlen:

- a) den Jahresabschluss 2017 mit einer Bilanzsumme von 155.092,08 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 20.201,61 € festzustellen und diesen auf neue Rechnung vorzutragen.
- b) der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung zu erteilen.

Bürgermeisterin Northing und die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates der Wirtschaft, Tourismus & Marketing Stadt Kleve GmbH nehmen an der Beratung und Abstimmung zu Beschlussvorschlag c) der Drucksache nicht teil. StV. Schmidt übernimmt den Vorsitz.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, der Gesellschafterversammlung zu empfehlen, dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung zu erteilen.

4. **Feststellung des Jahresabschlussberichtes der Grenzland-Draisine GmbH und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2017**

- Drucksache Nr. 859 /X. -

Bürgermeisterin Northing lässt zunächst über die Beschlussvorschläge 1. und 3. der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, der Gesellschafterversammlung zu empfehlen:

1. den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2017, der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017, dem Anhang und dem Lagebericht festzustellen.
3. den Jahresüberschuss in Höhe von 2.998,44 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Bürgermeisterin Northing und StV. Verhoeven nehmen an der Beratung und Abstimmung zu Beschlussvorschlag 2. der Drucksache nicht teil. StV. Schmidt übernimmt den Vorsitz.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, der Gesellschafterversammlung zu empfehlen, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung zu erteilen.

5. **Wasserversorgungskonzept nach § 38 Abs. 3 des Landeswassergesetzes NRW**

- Drucksache Nr. 860 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve stimmt dem der Bezirksregierung Düsseldorf vorzulegenden Wasserversorgungskonzept für die Stadt Kleve einstimmig zu.

6. **Zuschuss zur Sanierung der Mühle Donsbrüggen**

hier: Erneuerung der Tragbalken zur Sanierung der Flügel der Mühle Donsbrüggen

- Drucksache Nr. 861 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, dem Förderkreis "Alte Mühle Donsbrüggen" e.V. einen Zuschuss in Höhe von maximal 37.000 € für die Erneuerung der Tragbalken zur Sanierung der Flügel der Mühle zu bewilligen. Sofern sich die geplanten Kosten der Maßnahme verringern oder weitere Fördermittel eingehen, wird die Höhe des Zuschusses entsprechend reduziert.

7. **Medienentwicklungsplan der Stadt Kleve für die städtischen Schulen**  
- Drucksache Nr. 837 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig die Umsetzung des Medienentwicklungsplanes wie in der Drucksache Nr. 837/X. vorgeschlagen.

8. **Förderung des Sports;**  
Gründung eines StadtSportVerbandes  
- Drucksache Nr. 843 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, auf die Gründung eines StadtSportVerbandes in Kleve zu verzichten.

9. **Bebauungsplan Nr. 1-315-0 für den Bereich Siegertstraße / Sackstraße / Triftstraße**  
hier: Satzungsbeschluss  
- Drucksache Nr. 848 /X. -

StV. Janssen nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve wägt alle im Rahmen des Bauleitplanverfahrens vorgelegten Stellungnahmen von Bürgern und Behörden ab und beschließt einstimmig aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan Nr. 1-315-0 für den Bereich Siegertstraße/Sackstraße/Triftstraße, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung sowie den dazugehörigen Gutachten und Berichten als Satzung.

10. **Bebauungsplan Nr. 1-327-0 für den Bereich Krohnestraße**  
hier: Einleitung des Verfahrens und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung  
- Drucksache Nr. 849 /X. -

Da die an den Bebauungsplan angrenzenden Grundstückseigentümer ebenfalls gerne Wohnraum schaffen würden, halte seine Fraktion es für sinnvoll, den Bebauungsplan um die Flurstücke 130, 137 und 140 zu erweitern, so StV. Dr. Merges.

Es folgt eine Aussprache zu möglichen Entwicklungen im Verfahren, in der die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und Offenen Klever deutlich machen, dass das Verfahren auf Grundlage der Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses zur Errichtung von jeweils sechs Wohneinheiten unter Berücksichtigung einer verträglichen Innenstadtverdichtung sowie der Prüfung der Interessen von Investoren ergebnisoffen eingeleitet werden solle und die Entwicklungen im Laufe des Verfahrens abgewartet werden sollten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1-327-0 für den Bereich Krohnestraße einzuleiten. Es wird das beschleunigte Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung, ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB angewendet. Der Öffentlichkeit und den Behörden und Trägern öffentlicher Belange ist gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 frühzeitig Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

11. **Bebauungsplan Nr. 1-053-2 für den Bereich Stadionstraße / Merowingerstraße / Willy-Brandt-Straße**

hier: Satzungsbeschluss

- Drucksachen Nrn. 850 /X. und 850a /X. -

Technischer Beigeordneter Rauer erläutert die Ergänzungsdrucksache Nr. 850a /X..

StV. Gebing und StV. Kumbrink teilen die Zustimmung ihrer Fraktionen mit, da durch diesen Bebauungsplan der Notwendigkeit, Grundstücke zur Errichtung von Einfamilienhäusern zur Verfügung zu stellen, Rechnung getragen werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve wägt alle im Rahmen des Bauleitplanverfahrens vorgelegten Stellungnahmen von Bürgern und Behörden ab und beschließt einstimmig aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan Nr. 1-053-2 für den Bereich Stadionstraße / Merowingerstraße / Willy-Brandt-Straße bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung sowie den dazugehörigen Gutachten und Berichten als Satzung.

12. **Bebauungsplan Nr. 4-025-4 für den Bereich Delfter Straße im Ortsteil Materborn**

hier: Satzungsbeschluss

- Drucksache Nr. 851 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve wägt alle im Rahmen des Bauleitplanverfahrens vorgelegten Stellungnahmen von Bürgern und Behörden ab und beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan Nr. 4-025-4 für den Bereich Delfter Straße im Ortsteil Materborn bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung sowie den dazugehörigen Gutachten und Berichten als Satzung.

13. **Bebauungsplan Nr. 1-086-5 für den Bereich Große Straße / Herzogstraße / Bleichen / Wasserstraße / Schloßtorstraße**

hier: Beschluss der Offenlage

- Drucksache Nr. 852 /X. -

StV. Gebing nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, den Bebauungsplan Nr. 1-086-5 für den Bereich Große Straße / Herzogstraße / Bleichen / Wasserstraße / Schloßtorstraße gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

14. **Bebauungsplan Nr. 4-213-1 für den Bereich Kapellenstraße im Ortsteil Materborn**

hier: Einleitung des Verfahrens und Beschluss der Offenlage

- Drucksache Nr. 853 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig,

- das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 4-231-1 für den Bereich Kapellenstraße im Ortsteil Materborn einzuleiten. Es wird das beschleunigte Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung, ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB angewendet.
- den Bebauungsplan Nr. 4-213-1 für den Bereich Kapellenstraße im Ortsteil Materborn gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

15. **Umlegung Reeser Straße im Ortsteil Kellen**

hier: Anordnung der Umlegung und Übertragung des Umlegungsverfahrens

- Drucksache Nr. 844 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, die Umlegung Reeser Straße im Ortsteil Kellen gem. § 46 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) anzuordnen und gem. § 47 BauGB einzuleiten. Der Rat der Stadt Kleve überträgt nach § 46 Abs. 4 BauGB die Befugnis zur Durchführung der Umlegung Reeser Straße im Ortsteil Kellen auf den Kreis Kleve; der Übertragungsvertrag kann bei der Stadt eingesehen werden. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, nach dem vorliegenden Vertragsentwurf über die Einzelheiten der Übertragung der Befugnis zur Durchführung der Umlegung, einen Vertrag mit dem Kreis Kleve zu unterzeichnen.

16. **Bebauungsplan Nr. 2-326-0 für den Bereich Reeser Straße im Ortsteil Kellen**

hier: Einleitung des Verfahrens und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung

- Drucksache Nr. 854 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 2-326-0 für den Bereich Reeser Straße im Ortsteil Kellen einzuleiten. Es wird das beschleunigte Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung, ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB angewendet. Der Öffentlichkeit und den Behörden und Trägern öffentlicher Belange ist gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 frühzeitig Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

17. **Satzung für eine Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 1-296-0 für den Bereich Lindenallee/ Bresserbergstraße/ Stadionstraße/ Hellingsbüschchen**

hier: Satzungsbeschluss  
- Drucksache Nr. 864 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig gemäß § 14 Abs. 1 und § 16 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung, folgende Satzung für eine Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 1-296-0 für den Bereich Lindenallee/ Bresserbergstraße/ Stadionstraße/ Hellingsbüschchen zu erlassen:

**Satzung vom \_\_\_\_\_ für eine Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplan Nr. 1-296-0 für den Bereich Lindenallee/ Bresserbergstraße/ Stadionstraße/ Hellingsbüschchen**

Aufgrund der §§ 14 Abs. 1 und 16 Abs. 1 Baugesetzbuch - BauGB in der derzeit gültigen Fassung und des §7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Kleve in seiner Sitzung am 16.05.2018 folgende Satzung beschlossen:

**Präambel**

Der Rat der Stadt Kleve hat in seiner Sitzung am 12.02.2014 den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 1-296-0 für den Bereich Lindenallee/ Bresserbergstraße/ Stadionstraße/ Hellingsbüschchen gefasst. Die Veränderungssperre dient zur Sicherung der Planung für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 1-296-0 für den Bereich Lindenallee/ Bresserbergstraße/ Stadionstraße/ Hellingsbüschchen.

**§ 1**

**Geltungsbereich**

Der Geltungsbereich der Satzung für die Veränderungssperre ergibt sich aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 1-296-0 und ist grob wie folgt begrenzt:

- Lindenallee
- Hellingsbüschchen

Der Satzungsbereich ist in einem Übersichtsplan dargestellt, der als Anlage zur Veränderungssperre Bestandteil der Satzung ist.

**§ 2**

**Zulässigkeit von Vorhaben und wesentlichen Veränderungen**

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden. Erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderung nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, dürfen nicht vorgenommen werden.

**§ 3**

**Ausnahmen**

Wenn überwiegend öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden.

**§ 4**  
**Weiteres Vorgehen**

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

**§ 5**  
**Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt mit dem Tag ihrer Bekanntmachung in Kraft.

**§ 6**  
**Außerkräfttreten**

Diese Satzung tritt außer Kraft, sobald für ihren räumlichen Geltungsbereich der zurzeit in Aufstellung befindliche Bebauungsplan rechtsverbindlich wird, spätestens jedoch zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten.

18. **Namensgebung des westlichen Rathausplatzes**

- Drucksache Nr. 855 /X. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, den westlichen Rathausplatz in Pastor-Leinung-Platz zu benennen.

19. **Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Herrn Wilhelm Diedenhofen**

(gemeinsamer Antrag der Fraktionen im Rat der Stadt Kleve vom 02.05.2018)

StV. Dr. Meyer-Wilmes und StV. Dr. Merges erläutern die Beweggründe ihrer Fraktion für diesen Antrag und stellen dabei die Verdienste und das Engagement von Herrn Wilhelm Diedenhofen für die Stadt Kleve heraus.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, Herrn Wilhelm Diedenhofen das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

Bürgermeisterin Northing dankt den Fraktionen für diesen Antrag und teilt mit, dass sie das Erforderliche umgehend in die Wege leiten werde. Sie freue sich, dass Kleve wieder einen Ehrenbürger in ihren Reihen habe.

20. **Umsetzung des Sportentwicklungsplanes**

(Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2017 und Konkretisierung vom 16.04.2018)

Fortsetzung

StV. Gebing erläutert noch einmal die Hintergründe seiner Fraktion, die zu dieser Antragstellung geführt hätten.

Auf Nachfrage von StV. Tekath hinsichtlich des konkreten Beschlussvorschlages einigen sich die Anwesenden auf folgende Formulierung:

"Der Rat der Stadt Kleve beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, zu prüfen,

- die Richtlinien zur Förderung des Sports bei Berücksichtigung der in der Konkretisierung des Antrags der CDU-Fraktion vom 16.04.2018 beschriebenen Veränderungen in den Vereinen fortzuschreiben und
- die dadurch zu erwartenden finanziellen Auswirkungen darzustellen sowie
- den Zeitrahmen für die mögliche Realisierung darzulegen und schließlich
- Richtlinien über die Nutzung der Anlagen durch Vereine und deren Eigenbeteiligung zu erstellen.

Die anschließende Umsetzung erfolgt in Abstimmung mit den betroffenen Vereinen."

StV. Rütter teilt mit, dass seine Fraktion einer neutralen Analyse nichts entgegenhalte, die Zielsetzung aber aufgrund der Aufgabe der Ziele des Stadtentwicklungskonzeptes wie dem Erhalt der dörflichen Strukturen nicht überzeuge.

StV. Dr. Meyer-Wilmes hält dem entgegen, dass auch das Gutachten zur Sportentwicklung auf eine Konzentration der Sportstätten abziele, um dadurch Standards und eine höhere Qualität für die Ausübung des Sports zu gewährleisten, die die Vereine selbstständig nicht mehr leisten könnten. Darauf ziele der Antrag ab.

Bürgermeisterin Northing stellt den formulierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen, die Verwaltung zu beauftragen, zu prüfen,

- die Richtlinien zur Förderung des Sports bei Berücksichtigung der in der Konkretisierung des Antrags der CDU-Fraktion vom 16.04.2018 beschriebenen Veränderungen in den Vereinen fortzuschreiben und
- die dadurch zu erwartenden finanziellen Auswirkungen darzustellen sowie
- den Zeitrahmen für die mögliche Realisierung darzulegen und schließlich
- Richtlinien über die Nutzung der Anlagen durch Vereine und deren Eigenbeteiligung zu erstellen.

Die anschließende Umsetzung erfolgt in Abstimmung mit den betroffenen Vereinen.

**21. Aufstellung von Fahrradständern am Rathaus Kleve sowie Prüfauftrag zur Nutzung der Tiefgarage für Fahrräder**

(Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 02.05.2018)

StV. Gebing erläutert den Antrag.

StV. Tekath und StV. Dr. Merges äußern ihre Bedenken, da die SPD-Fraktion den Bedarf nicht sehe sowie die beschriebene Überdachung für unzweckmäßig und die Fraktion Offene Klever den Platz vor dem Josefshaus für nicht geeignet halte.

Technischer Beigeordneter Rauer führt aus, dass die abschließenden Inhalte des Antrags wie der Standort für die überdachten Fahrradständer sowie die Unterbringung der Dienstfahrräder im Josefshaus aufgrund von bauordnungsrechtlichen Aspekten nicht umsetzbar seien und bittet darum, den Antrag in seiner Gesamtheit als Prüfauftrag an die Verwaltung zu stellen, um die Ergebnisse noch einmal im Fachausschuss beraten zu können.

Die Fraktionen haben keine Bedenken.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beauftragt die Verwaltung einstimmig, zu prüfen,

- welche Standorte für das Aufstellen weiterer Fahrradständer am Rathaus in Frage kommen und wie und zu welchen Kosten eine Überdachung von Fahrradständern realisiert werden kann.
- ob und ggf. wie die Tiefgarage des Rathauses für das Abstellen von Fahrrädern genutzt und zu welchen Kosten eine Nutzung realisiert werden kann.

Die Ergebnisse werden im Umwelt- und Verkehrsausschuss vorgestellt.

## 22. **Umsetzung in Ausschüssen**

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 02.05.2018)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig folgende Umsetzung in Ausschüssen:

Vergabe- und Betriebsausschuss (und damit auch Verwaltungsrat der Umweltbetriebe)

für Schoofs, Christian neu Hütz, Klaus-Werner

(Christian Schoofs wird stellvertretendes Mitglied für Klaus-Werner Hütz.)

Liegenschafts- und Steuerausschuss

für Schnütgen, Wiltrud neu Schoofs, Christian

(Wiltrud Schnütgen wird stellvertretendes Mitglied für Christian Schoofs.)

## 23. **Offenlegung von Leistungen des Kreises Kleve an die Stadt Kleve**

(Antrag der Fraktion Offene Klever vom 16.03.2018)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve folgt dem Antrag der Fraktion Offene Klever und beschließt einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, eine Anfrage an den Kreis Kleve zur Darstellung der Leistungserbringung analog derer des Landschaftsverbandes Rheinland zu richten.

## 24. **Schaffung eines "Großelterndienstes"**

(Antrag der Fraktion Offene Klever vom 23.04.2018)

StV. Dr. Merges beantragt die Verweisung in den Sozialausschuss, da die Verantwortlichen für diesen Antrag Mitglied im Sozialausschuss seien.

Erster Beigeordneter Haas äußert, dass die Zuständigkeit beim Jugendhilfeausschuss liege und er darum bitte, den Antrag als Prüfantrag zu werten.

Es folgt eine Aussprache zur Zuständigkeit. Die Fraktionen einigen sich abschließend darauf, den Antrag als Prüfantrag zunächst im Jugendhilfeausschuss zu beraten, zu dem Experten eingeladen werden können und dabei auch weitere Aspekte wie die Verbindung zur Quartiersentwicklung in den Fokus zu nehmen.

Bürgermeisterin Northing lässt über diesen Kompromiss abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung, den Antrag der Fraktion Offene Klever auf Schaffung eines "Großelterndienstes" als Prüfantrag zur weiteren Beratung an den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

25. **Umbesetzung im Sozialausschuss**

(Antrag der Fraktion Offene Klever vom 30.04.2018)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig folgende Umbesetzung im Sozialausschuss:

stellvertretende sachkundige Bürger

für Kizilkaya, Ünver neu Schmidt, Anja

26. **Mitteilungen**

a) Umbesetzung bei den beratenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses

Bürgermeisterin Northing teilt folgende Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss und Schulausschuss mit:

beratende Mitglieder Jugendhilfeausschuss

Vertreter der Schulen

Für Gabriele Pieper rückt Herr Markus Reuber (bisher stellv. Mitglied) nach.  
Als neues stellv. Mitglied wurde Ursula Fischer benannt.

Vertreter der kath. Kirche

Für Pfarrer Christoph Grosch rückt Pastoralreferent Michael Beermann nach (bisher stellv. Mitglied).  
Als neues stellv. Mitglied wurde Pastoralreferent Markus van Berlo benannt.

beratende Mitglieder Schulausschuss

Vertreter der kath. Kirche

Ordentliches Mitglied wird Pastoralreferent Markus van Berlo.  
Das bisherige ordentliche Mitglied Michael Beermann übernimmt die Stellvertretung als Nachfolger für Pfarrer Grosch.

Der Rat erhebt keine Bedenken.

## 27. Anfragen

### a) Strategische Ziel- und Maßnahmeplanung

StV. Gebing fragt nach der turnusmäßigen Vorstellung der Ergebnisse der strategischen Ziel- und Maßnahmeplanung.

Bürgermeisterin Northing antwortet, dass die Vorstellung nach den Sommerferien vorgesehen sei, da sie die Planung zunächst mit den Fachbereichsleitungen besprechen wolle.

### b) Kombibad

StV. Hütz fragt nach dem Sachstand bzgl. der Schwierigkeiten beim Weiterbau des Kombibades in Verbindung mit den Edelstahlbecken.

Erster Beigeordneter verweist zur Beantwortung an die Stadtwerke Kleve.

### c) Autohaus Evers

StV. Dr. Meyer-Wilmes möchte wissen, warum die Planungen zum Autohaus Evers nicht im Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung thematisiert worden seien, da sie diese aus stadtplanerischer Sicht für nicht vertretbar halte.

Technischer Beigeordneter Rauer äußert, dass er diese Ansicht zwar teile, aber aufgrund des vorhandenen Baurechts keine Handhabe bestehe. Im Übrigen hätten diese Entwicklungen spätestens mit dem Verkauf des Grundstücks durch die Stadt klar sein müssen.

Erster Beigeordneter Haas ergänzt auf Nachfrage von StV. Dr. Meyer-Wilmes, dass die Grundstücksangelegenheit bereits abgeschlossen worden sei, noch bevor es Überlegungen zur Hochschule gegeben habe.

### d) Aufstellung der umgesetzten Ratsbeschlüsse

StV. Schmidt fragt nach der Drucksache zur Aufstellung der umgesetzten Ratsbeschlüsse.

Bürgermeisterin Northing antwortet, dass diese jeweils in der Sitzung vor der Sommerpause sowie der letzten Sitzung des Jahres vorgelegt werde.

### e) Bodenbelastungen Grundstück Neubau KAG

StV. Cosar möchte wissen, ob ähnlich wie beim Grundstück für den Neubau der Kita auch beim Grundstück für den Neubau des Konrad-Adenauer-Gymnasiums an der Riswicker Straße Bodenbelastungen zu erwarten seien und ob der Kampfmittelräumdienst das Grundstück bereits untersucht habe.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass dies nicht ausgeschlossen werden könne, das Gefährdungspotential aufgrund der anderen Nutzung der Fläche aber als

geringer einzustufen sei. Die Bodenuntersuchungen würden parallel mit der Untersuchung durch den Kampfmittelräumdienst erfolgen und rechtzeitig vor Baubeginn durchgeführt.

#### f) Zustand Josefshaus

Aufgrund des augenscheinlichen Zustands insbesondere der Fensterrahmen des Josefshauses bittet StV. Janssen um Prüfung, ob Sanierungsmaßnahmen erforderlich seien.

Antwort zur Niederschrift:

Die Fassade des Josefshauses inkl. der Fenster und Türe wird im Juni/Juli diesen Jahres gestrichen.

#### g) Fallzahlen Jugendhilfe

Aufgrund des durch die Deutsche Kinderhilfe in Auftrag gegebenen Gutachtens fragt StV. Gietemann nach den Fallzahlen der Jugendamtsmitarbeiter der Stadt Kleve.

Erster Beigeordneter Haas macht deutlich, dass diese Zahlen nicht maßgeblich seien und er die mit dem Gutachten einhergehende Pauschalierung für falsch halte. Die Stadt Kleve habe seinerzeit im Zuge der Organisationsuntersuchung einen anderen Ansatz gewählt und Standards erarbeitet, in einem Handbuch festgeschrieben und setze diese seit Jahren um. Die geringeren Heimpflegekosten seien Ausdruck dafür, dass die Maßnahmen greifen würden.

#### h) Zustand der Klever Brücken

StV. Schroers erinnert an seine Anfrage aus dem Umwelt- und Verkehrsausschuss zum baulichen Zustand der Klever Brücken, bei der er auf das Gespräch mit dem Landesbetrieb Straßen NRW verwiesen wurde und fragt nach dem Sachstand.

Technischer Beigeordneter Rauer sagt eine Information in der morgigen Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses, 17.05.2018 zu.

#### i) Entwicklung der Fläche zwischen Schweinemarkt und Haus Belvedere

Vor dem Hintergrund der guten Erfahrungen mit der Erarbeitung des Eckpunktepapiers für die Entwicklung des Minoritenplatzes durch die dafür eingerichtete Arbeitsgruppe fragt StV. Schnütgen, ob die Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe nicht auch für die Entwicklung der sensiblen und bedeutsamen Fläche zwischen dem Schweinemarkt und dem Haus Belvedere sinnvoll sei.

Erster Beigeordneter Haas verweist auf die Gremien der GeWoGe, in denen unter Beteiligung der politisch gewählten Vertreter, diese Entwicklungen beraten würden. Gerade mit Blick auf das Vorzeige-Projekt der GeWoGe in der Richard-van-de-Loo-Straße bittet er um Vertrauen und weist darauf hin, dass der Rat rechtzeitig eingebunden werde.

j) Studie barrierefreie Stadt Kleve

StV. Boskamp möchte wissen, ob der Verwaltung eine Studie der Hochschule Rhein-Waal zur barrierefreien Stadt Kleve bekannt sei und bittet, diese zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

k) B220n

StV. Verhoeven fragt nach dem Sachstand.

Technischer Beigeordneter Rauer sagt eine Information in der morgigen Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses, 17.05.2018 zu.

l) Resolution zur Realisierung der B220n

StV. Verhoeven richtet die Frage an Bürgermeisterin Northing, ob sie es für zielführend halte, der Realisierung der B220n durch die Verabschiedung einer Resolution des Rates an den Landesbetrieb Straßen NRW mehr Nachdruck zu verleihen, da gerade mit Blick auf die verkehrlichen Auswirkungen der Deichsanierung keine weitere Zeit mehr verloren gehen dürfe.

Bürgermeisterin Northing bejaht dies und sagt zu, vorab noch einmal Kontakt mit dem Landesbetrieb aufzunehmen.

m) Treffpunkt am Bahnhof

StV. Heyrichs fragt nach dem Sachstand bzgl. der Verlegung des Treffpunktes am Bahnhof.

Bürgermeisterin Northing verweist auf die Beantwortung zur Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 11.04.2018 und teilt mit, dass die Verwaltung diese Lösung für geeignet halte.

Ende der Sitzung: 18.49 Uhr

(Northing)  
Bürgermeisterin

(Schmidt)  
Vorsitzender TOP 3. c) und 4. 2.

(Berns)  
Schriftführerin